

Für die Revolution der sozialen Gerechtigkeit!

- Bausteine unserer
Kommunalpolitik zur Wahl der
Bezirksverordnetenversammlung
von Charlottenburg-Wilmersdorf
am 18. September 2016

Inhaltsverzeichnis:

Präambel

1	Geflüchtete und Kampf gegen Rechts.....	6
1.1	Geflüchtete sind Willkommen und brauchen menschenwürdige Bedingungen.....	6
1.2	Integration und Selbstorganisation der Geflüchteten.....	8
1.3	Gemeinsam sind wir stärker – Gegen Rassismus – Fluchtursachen bekämpfen statt Flüchtlinge.....	9
1.4	Siamo tutti antifascisti – Kein Fußbreit den Nazis in Charlottenburg-Wilmersdorf!.....	10
2	Mieten, Wohnen, öffentliche Räume und Umwelt.....	11
2.1	Mieten runter, Verdrängung stoppen: Für einen Kurswechsel in der Berliner Wohnungspolitik.....	11
2.2	Für das Recht auf Stadt: Öffentliche Räume schützen und gemeinsam gestalten.....	13
2.3	Umwelt und Verkehr: Stadtgrün erhalten, ökologische Energie- und Verkehrswende im Bezirk fördern.....	14
3	Jugend und Bildung.....	16
3.1	Stärkung der Jugend(hilfe) in Charlottenburg-Wilmersdorf!.....	16
3.2	Für eine selbstbestimmte Bildung und Ausbildung für alle Menschen.....	17
4	Frauenpolitik – Respekt und Anerkennung.....	18
5	Für eine dynamische Unterstützung der Kunst und Kultur im Stadtbezirk.....	19
6	Arbeit und Soziales.....	21
6.1	Für eine würdevolle Arbeit: Löhne rauf, Arbeitszeit verkürzen, Beschäftigte und Gewerkschaften stärken!.....	21
6.2	Die volle Umsetzung der UN- Behindertenrechtskonvention.....	23

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger in Charlottenburg-Wilmersdorf,

jeder lange Weg beginnt mit dem ersten Schritt und jede Revolution beschreibt die Notwendigkeit grundsätzlicher Veränderungen, die immer nur Ergebnisse konkreter Kämpfe – auch hier vor Ort – sein können.

Für alle Menschen – und das nicht nur für unseren Bezirk – fordern wir unabhängig von Herkunft, Kultur, Nationalität, Religion, sexueller Identität und Hautfarbe ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit, Freiheit und Würde.

Doch die derzeitigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse stehen dem entgegen: Das reichste Zehntel in Deutschland besitzt knapp 64 Prozent der Nettoprivatvermögen, die reichsten 0,1 Prozent sogar 17 Prozent. Jene, die zu den sozial Schwachen in unserer Gesellschaft zählen, besitzen nur knapp 1 Prozent und sind von gesellschaftlicher Ausgrenzung bedroht. 2,5 Millionen Kinder in Deutschland leben in Armut.

In keinem anderen Mitgliedsland der EU sind die Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland – und das mit steigender Tendenz. Die Polarisierung der Gesellschaft ist gerade auch in unserem Stadtbezirk unübersehbar: Es gibt sehr gute Wohnlagen wie in der City West, in Schmargendorf und nahe des Grunewalds. Es finden sich aber auch die deutlich weniger gut ausgestatteten Quartiere; wie in der Paul-Hertz-Siedlung. Zunehmend laufen Prozesse der Gentrifizierung ab, d.h. Menschen können aufgrund steigender Mieten ihre Wohnungen nicht mehr bezahlen und werden so oft auch aus ihren Kiezen verdrängt, wie derzeit z.B. im Danckelmann-Kiez.

Bei uns im Bezirk, gibt es 25.000 Haushalte mit einem Einkommen unter 1000 Euro, 31.000 Haushalte mit bis zu 1.300 Euro, aber auch über 56.000 Haushalte mit mehr als 2.600 Euro Einkommen. Bei uns leben über 15.000 Arbeitslose und über 1.200 Sozialhilfeempfänger*innen und knapp 8.000 Menschen sind auf eine Grundsicherung angewiesen. Gerade Kinder und Jugendliche, die in Familien mit deutlich weniger Einkommen aufwachsen, drohen vom gesellschaftlichen Reichtum ausgeschlossen zu bleiben.

CDU, SPD, Grüne, FDP, AfD stehen für einen Kapitalismus als einem Wirtschaftssystem, das die oberen Zehntausend begünstigt und die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts nicht mehr im Blick hat. Damit drohen immer mehr Menschen auch aus der Mitte der Gesellschaft vom gesellschaftlichen Reichtum ausgeschlossen zu werden. Dieses Wirtschaftssystem produziert gemäß seiner Logik Krieg und Elend, beraubt Menschen ihrer Heimat und trifft die wesentlichen politischen Entscheidungen im Rahmen der Interessen der Banken und Konzerne. Die menschenverachtende Wirkung des Kapitalismus, bei dem eine Hälfte der Menschheit für die reichen Länder unter menschenunwürdigen Umständen arbeitet und in deren Folge Millionen von Menschen ihre Heimat verlassen müssen, hat längst auch Charlottenburg-Wilmersdorf erreicht. Knapp 80.000 Flüchtlinge kamen 2015 in Berlin an, über 54.000 blieben in der Stadt – auch hier bei uns in Charlottenburg-Wilmersdorf. Wie mit ihnen umgegangen wird, wie sie untergebracht und in unsere Gesellschaft aufgenommen werden, sagt alles darüber aus, in welcher Gesellschaft wir künftig leben wollen.

Deshalb kämpft DIE LINKE für die Überwindung dieses Wirtschaftssystems und den daraus folgenden politischen Prämissen. Dafür streiten wir im Deutschen Bundestag, im Berliner Abgeordnetenhaus, und auch bei uns in der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf. Dafür suchen wir Gemeinsamkeiten mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen und Initiativen. Denn nur in der Verbindung von parlamentarischer Arbeit und dem Druck von der Straße, können wir erfolgreich sein.

Wir suchen den direkten Draht zu den Menschen im Bezirk, wollen mehr miteinander ins Gespräch kommen, ob als Mieter*innen, als Nachbar*innen, als Schüler*innen und Studierende, vor Spielplätzen, vor Einkaufszentren und Märkten. Dort, wo Menschen ihre Lebenssituation mit Blick auf die Gemeinschaft verbessern wollen, werden wir dabei sein und unsere Sicht und Stimme einbringen. Wir wollen, dass die linke Forderung nach einem sozialen Berlin umgesetzt wird, mit allem, was an Personal, Ausstattung, Ressourcen dazu gehört.

Die Situation vor dem LaGeSo hat nun für jede und jeden eindrücklich vor Augen geführt, was seit Jahren schon sichtbar wurde: Unsere Stadt wird an die Wand gefahren: Personalabbau im Öffentlichen Dienst, Kürzungen und Privatisierungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge, dramatisch steigende Mieten, extensive Immobilienspekulation, eine erhebliche Zunahme an Zwangsräumungen (oft in die Wohnungslosigkeit!), Kürzungen in der Jugendhilfe, marode Schulen, Schlaglöcher auf den Straßen, holprige Radwege, vernachlässigte Gebäude und Anlagen.

Über allem steht als Logik der Berliner Stadtpolitik, der selbst auferlegte und durch die Schuldenbremse bundespolitisch durchgesetzte Sparzwang, der von der Mehrheit der im Bezirk in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vertretenen Parteien unhinterfragt umgesetzt wird.

Damit verschlimmern Bezirksamt und BVV die ohnehin schon schlechte Situation für viele Bürger*innen im Bezirk. Zwar sind die Gestaltungsmöglichkeiten der Berliner Bezirke begrenzt und in vielen Bereichen durch bundesgesetzliche Regelungen festgelegt, dennoch tragen auch die Bezirksverordneten in den Bezirken politische Verantwortung und besitzen sehr wohl auch eigenständige Handlungsspielräume, die für soziale Akzente genutzt werden müssen. Es kann nicht sein, dass konsequent gegen die Interessen der Schwächeren gehandelt wird, dass Ausgaben für die Jugendhilfe sinken, dass die Interessen einzelner Investor*innen wichtiger sind, als die mehr als 85.000 Menschen, die für den Erhalt einer der ältesten Kleingartenganlagen Oeynhausen unterschrieben haben.

DIE LINKE fordert nicht nur, die Bezirke mit mehr Geld auszustatten, zusätzlich muss der Bezirk seine Kompetenzen ausschöpfen und erweitern. Grundsätzlich muss die Verpflichtung gelten, soziale Leistungen nicht zu kürzen und soziale Infrastruktureinrichtungen nicht abzubauen oder aus der Hand zu geben, damit andere ein Geschäft damit machen.

Die Rahmenbedingungen der bezirklichen Arbeit werden durch die Haushalte der Bezirke festgesetzt. Die Ausgaben des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf, sollen sich dabei zukünftig nicht nur nach gesetzlichen Mindestvorgaben richten, sondern müssen bedarfsgerecht geplant werden.

Ein Bezirkshaushalt ist ein politisches Instrument. Deshalb fordern wir, die Stärkung der sozialen Infrastrukturen im Bezirk. Dazu gehört es, alle bestehenden Sozial-, Senioren-, Freizeit-, Kinder- und Jugendeinrichtungen weiter zu finanzieren, Kitas und Schulen zu renovieren und zusätzliches pädagogisches Personal einzustellen; Grünanlagen, Politik-, Kultur- und Sportangebote sowie weitere freiwillige soziale Leistungen zu erhalten und perspektivisch zu erweitern. Bei der Aufstellung des Bezirkshaushalts müssen soziale Leistungen und der Ausbau von Kultur- und Freizeitangeboten, gegenüber Prestigeobjekten vorrangig bearbeitet werden.

DIE LINKE steht immer auch für Transparenz, gesellschaftlichen Dialog und direkte Bürger*innenbeteiligung. Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung sind gleichwertige Partner*innen. Aus diesem Grund fordern wir eine umfassende Mitbestimmung aller interessierten Bürger*innen Charlottenburg-Wilmersdorfs. Bürger*innen sollen nicht Aufgaben übernehmen, die sich der Bezirk nicht mehr leisten kann, sondern wirklich mitentscheiden, mitwirken und teilhaben können. Uns ist wichtig, dass bei allen Beteiligungsverfahren der soziale Zusammenhalt im Bezirk immer ein zentrales Kriterium bei der Gestaltung unseres Bezirkes bleibt. Wir wollen eine solidarische Bürger*innenkommune.

Die wesentlichen Eckpunkte der solidarischen Bürger*innenkommune sind dabei:

1. der Ausbau der Instrumente direkter Demokratie wie Bürger*innenbegehren und Bürger*innenentscheid;
2. die Einführung eines Bürger*innenhaushalts, bei entsprechender Festsetzung eines ausreichenden Budgets;
3. die wirksame Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements sowie eine entsprechende Anerkennungskultur;
4. eine grundlegende Verwaltungsreform – das Verwaltungshandeln muss unter Einsatz neuer Technologien an den Bedürfnissen der Einwohner*innen, Vereine, Verbände und der regionalen Wirtschaft ausgerichtet werden;

5. der nachhaltige Wandel in der Verwaltungskultur und einer wirklich bürger*innennahen Verwaltung – und dies nicht nur in Shopping-Centern – über eine effektiv und transparent arbeitende Verwaltung bis hin zur Verwaltungssprache: Weder Empfänger*innen von Sozialleistungen noch Geflüchtete sind Kund*innen.

Während bereits vor 10 Jahren in Berlin-Lichtenberg ein für Wissenschaft und kommunale Praxis beispielhafter Bürger*innenhaushalt durch die damalige PDS begründet wurde, spielt in Charlottenburg-Wilmersdorf die Idee von mehr Mitbestimmung beim Entscheiden über Einnahmen und Ausgaben keine Rolle.

Darum fordert DIE LINKE, das Prinzip des Bürger*innenhaushalts auch für Charlottenburg-Wilmersdorf endlich dauerhaft einzuführen und Einwohner*innen transparent und demokratisch Einfluss nehmen zu lassen! Hierdurch würden sich für Bürger*innen sowie Verbände und Initiativen viele Vorteile und Möglichkeiten eröffnen, wie z.B.:

1. das Einbringen und Durchsetzen von Vorschlägen und Ideen zu kommunalen Haushaltsschwerpunkten auch zwischen den Wahlen;
2. die Beteiligung bei der Erarbeitung, Entscheidung und Kontrolle zum Haushalt durch eine aktive Informations- und Diskussionspolitik sowie Rechenschaftslegung von Politik und Verwaltung;
3. die Zuweisung fester Budgets für die Ortsteil- und Quartiersgestaltung;
4. die Stärkung von Teilhabe und bürgerlichem Engagement und
5. mehr Transparenz, Wissen und Vertrauen bei der Diskussion über die Verteilung und Aufbringung von Geldern im Haushaltsverfahren.

Entscheidend für die Umsetzung eines Bürger*innenhaushalts in Charlottenburg-Wilmersdorf ist die Freistellung eines verfügbaren Budgets im Bezirkshaushalt, der so ausgestattet ist, dass vor Ort in den Kiezen konkrete Projekte realisiert werden können.

Nur gemeinsam mit den Bürger*innen können wir die Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen, der Lohnabhängigen, der Erwerbslosen, der Mieter*innen, der Wohnungslosen und der Rentner*innen verbessern. Auf den folgenden Seiten entwickeln wir unsere Vorschläge für eine fortschrittliche Kommunalpolitik.

Prüfen Sie uns an unseren Forderungen und bringen Sie sich mit ein!

Diskutieren Sie mit! Die Tür zur Mitarbeit steht ihnen offen.

Wir bitten Sie um ihre Stimme bei den anstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung.

Ihre Charlottenburg-Wilmersdorfer LINKE

1 Geflüchtete und Kampf gegen Rechts

1.1 *Geflüchtete sind Willkommen und brauchen menschenwürdige Bedingungen*

Zurzeit kommen viele schutzsuchende Menschen nach Berlin und suchen Zuflucht vor Krieg, Verfolgung und Not, viele davon auch nach Charlottenburg-Wilmersdorf. Leider sind die Bedingungen, unter denen die meisten Geflüchteten in Berlin leben müssen, katastrophal: Obdachlosigkeit oder Unterbringung in Containern, Tragluft- und Turnhallen, zum Teil unzureichende Versorgung mit Essen und Kleidung und Gesundheitsversorgung. Die Bearbeitung von Asylanträgen geht nur schleppend voran, zum Teil werden zustehende Leistungen verwehrt. Die Bilder des LaGeSo beschreiben die traurige Berliner Realität hinsichtlich fehlender Kompetenz und veralteter Verwaltungsstrukturen bei der Lösung dringender anstehender Aufgaben der Stadt.

Dagegen engagieren sich tausende von Menschen ehrenamtlich und übernehmen unentgeltlich grundlegende staatliche Versorgungs- und Beratungsaufgaben. Auch DIE LINKE beteiligt sich aktiv an diesen Aufgaben und der Entwicklung einer Willkommenskultur. Wir helfen gern! Es kann aber nicht sein, dass die Grundversorgung geflüchteter Menschen ehrenamtlich erbracht werden muss.

Die Unterbringungs- und Versorgungssituation der Geflüchteten in Berlin, wie in den zahlreichen Notunterkünften, ist zutiefst rechtswidrig und menschenunwürdig. Der jetzige Berliner Senat versagt völlig und kommt seiner Aufgabe und Verpflichtung gegenüber den schutzsuchenden Menschen nicht nach.

Statt existierenden Leerstand zu belegen oder zu beschlagnahmen und neue und bezahlbare kommunale Wohnungen zu bauen, werden, wie in Tempelhof und im ICC, der Ausbau und die Vergrößerung schon jetzt menschenunwürdiger und teurer Massenunterkünfte geplant. Und so wird ganz nebenbei in undemokratischer Weise das Ergebnis des Volksentscheides für das Tempelhofer Feld aufgehoben, obwohl von verschiedenen Initiativen umfassende Konzepte für machbare Alternativen vorgelegt wurden.

Es fehlt zudem an Transparenz und Kontrollen bei der Unterbringung von Geflüchteten, so dass öffentliche Gelder an unseriöse Betreiber*innen gegangen sind. Dazu gehört auch die Vergabe von Berater*innenleistungen in Flüchtlingsfragen gerade noch unterhalb der Schwelle von öffentlichen Ausschreibungen zur Vergabe öffentlicher Aufträge. Und all das auf Kosten der schutzsuchenden Menschen.

DIE LINKE Charlottenburg-Wilmersdorf fordert:

1. Gewährleistung der materiellen Existenzsicherung und medizinischen Versorgung der Geflüchteten, sowie sofortige Registrierung und Einleitung der Asylverfahren. Dies gilt auch für Leistungen an anerkannte und abgelehnte Flüchtlinge durch den Bezirk und das Jobcenter!
2. das Recht auf Wohnen in normalen Wohnungen statt in Massenunterkünften, Containern und Turnhallen. In den Gemeinschaftsunterkünften müssen durch die Betreiber*innen Mindeststandards verbindlich bereitgestellt werden. Die Kontrolle dieser Mindeststandards wie auch der Hygiene-, Bau- und Brandschutzvorschriften muss durch das Bezirksamt sichergestellt werden. Dazu gehört auch, dass anerkannte Asylbewerber*innen, die wohnungslos werden und in Bezirkszuständigkeit fallen, vom bezirklichen Sozialamt menschenwürdig untergebracht und bei der Wohnungsbeschaffung aktiv unterstützt werden. Sozialamt und Jobcenter müssen von Amts wegen Mietübernahmescheine für die Wohnungssuche ausstellen. Dazu gehören auch Beratungsstellen zur Wohnungsakquise für Geflüchtete.
3. den Bau neuer bezahlbarer Wohnungen und die Beschlagnahmung zweckentfremdeten Wohnraums, illegaler Ferienwohnungen, sowie leerstehenden Wohn- und Gewerbeimmobilien im Bezirk. Der Bezirk ist verantwortlich für die Kontrolle von Leerstand und illegalen Ferienwohnungen und legt Grundstücke für den Bau bezahlbaren Wohnraums in der Bauplanung fest. Gerade auch für die Schaffung von Unterkünften für wohnungslose In- und Ausländer*innen, die in seine Zuständigkeit fallen, sollen Vereinbarungen mit Wohnungsbaugesellschaften und Kirchen zur Bereitstellung von Wohnungskontingenten getroffen werden.

4. eine schnelle Eingliederung in den Arbeitsmarkt und Mindestlohn für Alle – keine 1-Euro-Jobs für Geflüchtete, sozialversicherte Stellen schaffen, Beratung bei Beantragung von Arbeitserlaubnissen durch den Bezirk sicherstellen.
5. Das Recht auf Schul- und Kitaplätze für alle Flüchtlingskinder und Jugendlichen umsetzen. Beschulung möglichst in Regelklassen. Für die Sicherstellung ist das bezirkliche Schulamt verantwortlich. Der Bezirk muss die Geflüchteten in den Unterkünften durch geeignetes Personal im bezirklichen Sozialamt aktiv bei Schul- und Kitaanmeldungen unterstützen. Er muss auch auf die Jugendlichen im Alter von 16 bis 25 zugehen und Unterstützung, Beratung und Zugang zu schulischer Ausbildung sicherstellen (hier lohnt der Vergleich mit Bayern).
6. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge müssen unverzüglich in Obhut genommen, rechtlich durch einen Vormund vertreten und versorgt werden. Auf bezirklicher Ebene ist es eine Aufgabe des Jugendamts, die Qualität der Betreuung und Einrichtungen zur Unterbringung zu kontrollieren sowie bauliche und pädagogische Standards sicherzustellen. Darüber hinaus ist es wichtig, aktiv auf die Jugendlichen zuzugehen und sie zu beraten. Asyl- und jugendhilferechtliches Clearing sind ebenso zu sichern wie die Versorgung mit Barbedarf, Kleidung, Essen bzw. Selbstversorgung, BVG-Tickets usw.
7. Nicht vergessen werden dürfen Familien mit Kindern in Massenunterkünften. Auch sie benötigen dringend Hilfe und die Klärung, ob bei ihnen oder ihren Eltern erhebliche seelische Störungen sowie Traumatisierungen vorliegen. Die entsprechenden Diagnosen müssen schnellstmöglich durchgeführt werden. Ebenso dringend muss mehr pädagogisches Personal in den Unterkünften bereitgestellt und die Finanzierung hierfür sichergestellt werden.
8. Deutschkurse müssen für alle angeboten werden. Es müssen u.a. an den Volkshochschulen mehr Kurse eingerichtet und Geflüchtete aktiv darüber informiert werden. Dazu müssen ausreichend Räume und Personal bereitgestellt und die Finanzierung hierfür abgesichert werden.
9. Das neue Landesamt für Flüchtlinge (LAF) wird bei uns im Bezirk in der Darwinstraße seine Türen öffnen. Wir fordern für dieses Amt ausreichendes Personal und die finanzielle Absicherung. Wir fordern Transparenz bei der Ausgestaltung dieses Amtes, einschließlich der Offenlegung der Mietverträge. Und wir fordern die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr (z.B. durch Veränderung von Buslinien), so dass es für alle, auch für die Anwohner*innen vor Ort, zum Nutzen ist.

Dies sind die wichtigsten Aspekte einer guten und menschenwürdigen Berliner Flüchtlingspolitik. Sie finden sich auch im Flüchtlingspolitischen Konzept der LINKEN Berlin. Es fehlt noch immer an ressortübergreifenden Verwaltungsstrukturen, an Personal und finanzieller Ausstattung. Deshalb fordert DIE LINKE Charlottenburg-Wilmersdorf mehr Personal im Öffentlichen Dienst mehr Wohnraum, Schul- und Kitaplätze. Vieles, was der Bezirk jetzt schon verbessern könnte, wird unzureichend umgesetzt. Das wollen wir ändern.

Das ist gut für alle Berliner*innen.

1.2 Integration und Selbstorganisation der Geflüchteten

Wir als LINKE sind der Überzeugung, dass Freiheit und soziale Gerechtigkeit untrennbar mit einer radikalen Demokratisierung der Gesellschaft einhergehen.

Herrschaft bedeutet immer Unterdrückung und endet dort, wo sich alle Individuen gleichermaßen am gesellschaftlichen Leben beteiligen können.

Die Demokratie lebt von der Freiheit und Mündigkeit aller Beteiligten.

Wir wehren uns gegen Tendenzen, geflüchtete Menschen rassistisch als „Wirtschaftsflüchtlinge“ oder „Sozialschmarotzer“ zu diskriminieren. Geflüchtete sind Menschen wie wir auch, mit individuellen Wünschen, Interessen und Gründen zur Flucht. Jede und jeder hat ihre/seine eigene Geschichte, die mit Krieg, Not, Elend verbunden ist, aber auch mit einem Reichtum an Kultur, über die kaum gesprochen wird.

Integration kann also nicht eine kulturelle Assimilation an eine vermeintlich existierende „deutsche Wertetradition“ bedeuten. Entscheidend ist nicht eine wie auch immer verstandene „deutsche Tradition“, sondern die Anerkennung des Grundgesetzes und dessen Artikeln zur Menschenwürde und Demokratie.

Integration bedeutet vielmehr, gesellschaftliche Teilhabe allen hier lebenden Menschen zu ermöglichen. Gesellschaftliche Teilhabe setzt soziale und demokratische Teilhabe voraus und die Möglichkeit für alle, ihre Wünsche und Interessen in relevante Entscheidungsprozesse einzubringen und sich somit zu Demokratie und Grundgesetz zu bekennen.

In diesem Sinne dankt DIE LINKE all denen, die sich Tag für Tag und so manche Nacht dazu bereit erklärt haben, die humanitäre Versorgung der in Berlin und insbesondere Charlottenburg-Wilmersdorf asylsuchenden Menschen sicherzustellen und dort auszuhelfen, wo der Staat versagt hat.

Zugleich sind wir davon überzeugt, dass sich zivilgesellschaftliche und parteiliche Solidarität nicht allein auf die humanitäre Versorgung beschränken kann, dass es nicht ausreicht, dass „über Flüchtlinge“ gesprochen und entschieden wird!

Deshalb wollen wir Geflüchteten dabei helfen, einen Platz in dieser Gesellschaft zu finden, indem wir ihnen helfen, sich selbst zu organisieren, um sich somit eine Stimme zu geben!

1.3 Gemeinsam sind wir stärker – Gegen Rassismus – Fluchtursachen bekämpfen statt Flüchtlinge

DIE LINKE wendet sich gegen jeglichen Rassismus, denn Rassismus vergiftet das Zusammenleben und verhindert, Probleme gemeinsam zu lösen. Ob soziale, wirtschaftliche oder Umweltprobleme – wir können sie nur in solidarischer Zusammenarbeit lösen. Auch in Berlin haben Ausländer*innen bzw. Flüchtlinge nicht den Mangel an sozialem Wohnraum, an Lehrer*innen, an maroden Schulen, an fehlenden sozialen Einrichtungen oder andere Probleme verursacht. Das sind Ergebnisse einer falschen Politik sozialstaatlicher Kürzungen, der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, der Reduzierung von Personal im Öffentlichen Dienst und letztlich auch einer fehlenden Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen zugunsten von Bürgernähe, Transparenz und ressortübergreifendem Handeln.

Gemeinsam können wir dafür kämpfen, dass der Reichtum in Deutschland und in Berlin sozial gerecht verteilt wird. Berlin zahlt immer noch die Schulden des Berliner Bankenskandals zurück, anstatt die Bezirkshaushalte ausreichend zu finanzieren. Während die Verursacher*innen und Profiteur*innen nicht zur Verantwortung gezogen wurden, müssen alle Berliner*innen dafür bezahlen. Um die Integration und Chancengerechtigkeit für alle bei uns im Bezirk zu verbessern, stellen wir folgende Punkte auf:

1. Wir fordern ein kommunales Wahlrecht für alle Berliner*innen unabhängig vom Pass.
2. Wir fordern Sprachförderung nach Bedarf, auch für Erst- und Zweitklässler*innen und über ein Jahr hinaus.
3. Wir wollen, dass Kinder in Willkommensklassen finanzhaushalterisch ihren zukünftigen Regelklassen zugeordnet und dort, wo es möglich ist, integriert werden. Die Räumlichkeiten an Schulen sind auch für Willkommensklassen sicherzustellen.
4. Wir fordern das Recht auf bezahlbaren Wohnraum, keine Massenunterkünfte und die zielstrebige Auflösung von Notunterkünften.
5. Wir stehen für eine schnelle Eingliederung in den Arbeitsmarkt auf der Grundlage des Mindestlohns.
6. Wir fordern zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung ein ergänzendes Antidiskriminierungsgesetz auf Landesebene. Dieses kann Betroffenen helfen, Diskriminierungen sichtbar zu machen und dagegen – unterstützt durch das Verbandsklagerecht – zu klagen.

DIE LINKE hat zusammen mit Migrant*innenorganisationen ein Aktionsprogramm gegen Rassismus auf den Weg gebracht, das in der kommenden Wahlperiode umgesetzt werden könnte.

Die AfD suggeriert, dass es mehr Wohnungen für Deutsche gäbe, wenn die Ausländerzahlen begrenzt werden. Aber das Geld für den sozialen Wohnungsbau fordert sie nicht. Sie sieht darin keine Staatsaufgabe, sondern nur unnötigen Ballast. Sie schürt Angst vor Flüchtlingen, macht sie zu Sündenböcken und ignoriert die Fluchtursachen, für die auch so ein starkes Land wie Deutschland Verantwortung trägt.

Obwohl die EU die Erhöhung der Entwicklungshilfe der EU-Länder auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) beschlossen hat (der Beschluss der UNO stammt von 1970), stagniert Deutschland seit Jahren bei 0,4 Prozent. Der Anteil an deutschen Waffenexporten in Drittstaaten nimmt zu – darunter Panzer nach Saudi-Arabien, Kleinwaffen nach Katar. Von den wachsenden wirtschaftlichen Ungleichgewichten profitieren eher die Länder des Nordens – auch Deutschland. Der Klimawandel verändert längst Regionen in Afrika und Asien, lässt Flüsse austrocknen, Wüsten wachsen und macht so jede Landwirtschaft und jedes Leben vor Ort unmöglich.

Das sollen hier nur Stichpunkte sein, die auf Zusammenhänge bei der Analyse von Fluchtursachen verweisen. DIE LINKE spricht nicht nur im Bundestag über die Fluchtursachen, sondern nutzt dort, wo sie aktiv ist, ihre Möglichkeiten, um die Zusammenhänge von Flucht und Fluchtursachen öffentlich darzustellen. Sie organisiert Proteste gegen eine Politik, die zur Verstärkung dieser Fluchtursachen beiträgt, stimmt gegen Waffenexporte und Kriegseinsätze und entlarvt den wahren Charakter von Freihandelszonen.

DIE LINKE arbeitet an einer neuen Allianz der Solidarität – hierzu lädt auch die LINKE Charlottenburg-Wilmersdorf ein.

1.4 *Siamo tutti antifascisti – Kein Fußbreit den Nazis in Charlottenburg-Wilmersdorf!*

Seit Jahren ist Charlottenburg-Wilmersdorf für sogenannte "Neue Rechte", die sich durch intellektuellen Habitus und braune Ideologie auszeichnen, ein ruhiges Hinterland: Das Verlagsgebäude der Wochenzeitung "Junge Freiheit" und die Bibliothek des Konservatismus (beide in Wilmersdorf) sind nur zwei Beispiele einer rechten Infrastruktur im Bezirk, die relativ ungestört existiert.

Seit Jahren steigen die Zahlen rassistischer, homophober, antisemitischer und gegen Linke gerichteter Vorfälle, Angriffe und Propaganda-Delikte in Charlottenburg-Wilmersdorf (Quelle: Register CW).

1. Wir sind dem Antifaschismus verpflichtet und stellen uns kompromisslos und entschieden gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Herkunft, des Alters oder sonstiger Merkmale.
2. Das „Register Berlin“ erfasst auch in Charlottenburg-Wilmersdorf rechtsextreme und diskriminierende Vorfälle. Dabei werden in das Register auch jene Vorfälle aufgenommen, die von Polizei und anderen Behörden nicht erfasst werden. Die Arbeit der Registerstelle muss im Bezirk umfangreich mit Personal- und Sachmitteln unterstützt werden, um rassistische und diskriminierende Vorfälle im Bezirk professionell zu registrieren, aufzuarbeiten und zu veröffentlichen.

Rassistische Gruppen verschleiern den Klassenunterschied zwischen "Arm" und "Reich" und suchen das Problem bei den Geflüchteten oder bei Menschen anderer Herkunft oder Hautfarbe. Wir sagen: Der Reichtum einiger Weniger besteht auf der (vergleichsweisen) Armut der Vielen. Das Problem ist ein System, das einige wenige Superreiche produziert, die in der Regel versteckt oder offen Macht ausüben.

3. Gemeinsam mit allen antifaschistischen Parteien, Gruppen und Einzelpersonen wollen wir den Nazis und Rassist*innen im Bezirk das Handwerk legen. Dafür leisten wir Aufklärungsarbeit, blockieren Demonstrationen rechtsextremer Gruppen und Parteien und unterstützen Antifaschist*innen direkt vor Ort in ihrer Arbeit.
4. Das Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus gehört in den Kern der Kieze: Auch 70 Jahre nach Kriegsende gedenken wir der vielen Opfer der Nationalsozialist*innen. Gibt es noch Denkmäler, Straßennamen und andere öffentliche Orte in Charlottenburg-Wilmersdorf, die immer noch Militarist*innen und Rassist*innen gewidmet sind, dringen wir darauf, sie zugunsten antifaschistischer Widerstandskämpfer*innen umzuwidmen.

2 Mieten, Wohnen, öffentliche Räume und Umwelt

2.1 Mieten runter, Verdrängung stoppen: Für einen Kurswechsel in der Berliner Wohnungspolitik

Wohnen ist ein soziales Grundrecht und muss für jede und jeden bezahlbar sein, d.h., nicht mehr als 30 Prozent des Einkommens dürfen für die Wohnkosten draufgehen. Für die meisten Berliner*innen, v.a. aber für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen, wird es zunehmend schwieriger, überhaupt Wohnraum zu finden. Und der Bedarf wächst, weil immer mehr Menschen nach Berlin kommen. DIE LINKE steht dafür, dass Wohnungssuchende nicht gegeneinander ausgespielt werden, alle haben ein Recht auf gutes Wohnen.

Berlin ist zum Eldorado für Immobilienspekulant*innen und Investor*innen geworden. Da andere Anlagebereiche und Wirtschaftszweige nur noch eingeschränkte Gewinne versprechen, verlagert sich immer mehr Kapital in „Betongold“, d.h. Immobilienanlagen, mit der Folge, dass Kieze aufgewertet, Wohnungen luxussaniert und verkauft, Mieten erhöht und schließlich diejenigen, die es sich nicht leisten können, verdrängt werden. Gegen diesen Kreislauf der Gentrifizierung wenden wir uns.

Dabei sind Wohnungsmarkt und Stadtentwicklung regulierbar: Die Kommune – das Land Berlin und die Bezirke – verfügt über viele Eingriffsmöglichkeiten: öffentliche Wohnungsunternehmen, Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau und städtebauliche Projekte sowie ordnungs- und planungsrechtliche Instrumente. Diese werden aber zum einen unzureichend und nicht im Sinne der Mieter*innen genutzt, zum anderen reichen sie für die sich zuspitzenden sozialräumlichen Probleme nicht aus. Das Mietrecht muss sozialer, das Planungsrecht demokratischer und das Steuerrecht gerechter werden. Dafür kämpfen wir auf Bundesebene.

In Charlottenburg-Wilmersdorf zeigt sich ein widersprüchliches Bild: Der Bezirk ist traditionell ein teures Pflaster und trotzdem steigen in Teilen (z.B. westliche Kantstr.) die Mieten sogar überdurchschnittlich. Das soziale Gefälle im Bezirk nimmt zu: Mieter*innen mit kleinen und mittleren Einkommen werden an den Rand des Bezirks und aus der Innenstadt verdrängt. Auch in Kiezen, die an den Bezirk Spandau grenzen, wie Jungfernheide und Paul-Hertz-Siedlung, steigen die Mieten, obwohl der Senat diese im Monitoring Soziale Stadt als Problemgebiete ausweist. Die Gesellschaft driftet weiter auseinander; die Reichen werden reicher, die Armen ärmer: In Charlottenburg-Wilmersdorf wird das deutlich.

Die Wohnungspolitik in Berlin und im Bezirk braucht einen Kurswechsel, und das ist auch möglich:

- 1.** Konsequentes Vorgehen gegen Mietpreisüberhöhungen und Einschränkung der Mieterhöhungsmöglichkeiten städtischer Wohnungsunternehmen (Mietmoratorium). Zusätzlich dazu sind Mieter*innenberatungen kostenfrei und flächendeckend im Bezirk einzusetzen. Aktive Bekämpfung der Immobilienspekulation durch aktive Liegenschaftspolitik (Vorkaufsrecht, Erbpacht), Aufstellung von B-Plänen und Steueränderungen.
- 2.** Erhalt, Schutz und Neubau bezahlbarer (öffentlicher) Wohnungen und Ankauf von privaten Sozialwohnungen. Der Verkauf landeseigener Wohnungsbaugesellschaften und ihrer Wohnungsbestände muss ausgeschlossen und die Fördermittel für bezahlbaren Wohnraum müssen aufgestockt werden.
- 3.** Die Kooperation mit den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften im Bezirk (GEWOBAG, degewo) und mit Genossenschaften für eine soziale Wohnungspolitik und Stadtteilentwicklung, zur Förderung preiswerten Wohnraums für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, zum Ausschluss von Zwangsräumungen und zur Unterbringung besonders Benachteiligter muss ausgeweitet und verbindlich gestaltet werden.
- 4.** Wir fordern eine Verschärfung des Zweckentfremdungsverbot: Wohnraum darf weder für Ferienwohnungen noch in dem bisherigen Umfang als Gewerbefläche genutzt werden und muss konsequenter geschützt werden. Auch am Ku'damm und in seinen Nebenstraßen sollen künftig wieder mehr Menschen wohnen.
- 5.** Im Bezirk brauchen wir endlich Milieuschutzsatzungen. Nur mit diesem Instrument besteht (endlich) die

Möglichkeit, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu unterbinden und damit die Steigerung der Mieten zu dämpfen.

6. Gegen Luxusmodernisierungen kann der Bezirk nur wenig ausrichten. Dafür muss v.a. das Mietrecht auf Bundesebene geändert werden: Die Modernisierungumlage gehört abgeschafft und muss in einem ersten Schritt wenigstens deutlich gesenkt und befristet werden. Aber das Bezirksamt kann und sollte künftig die Bezirksverordnetenversammlung über anstehende Modernisierungsvorhaben informieren und gegenüber den Eigentümer*innen auf eine Rahmenmodernisierungsvereinbarung drängen.
7. Der Bezirk muss entschieden gegen spekulativen Leerstand von Wohnraum und gegen den Abriss von preiswertem Wohnraum vorgehen. Leerstand muss aktiv aufgespürt und auch beschlagnahmt werden; dafür ist mehr Personal einzusetzen. Alle Abrissvorhaben sollen vom Bezirksamt der BVV vor Entscheidung zur Kenntnis gegeben werden. Für den Wegfall preiswerter Wohnungen ist, wenn ein Abriss nicht versagt werden kann, gleichwertiger Ersatz zu schaffen.
8. Bei größeren Neubauvorhaben soll der Bezirk eine umfassende Bürger*innenbeteiligung gewährleisten. Damit mehr Sozialwohnungen entstehen können, müssen verstärkt Bebauungspläne aufgestellt werden. Das Bezirksamt muss dafür mehr Personal und Finanzen bereitstellen.

Zur Verwirklichung einer gerechten Mietenpolitik reicht die parlamentarische Vertretung alleine nicht aus. Gegen die Verdrängung unserer Nachbar*innen gehen wir gemeinsam auf die Straße!

DIE LINKE Charlottenburg-Wilmersdorf arbeitet bereits jetzt mit Initiativen von Bürger*innen zusammen, die für einen Kurswechsel in der Wohnungs-, Mieten- und Stadtpolitik kämpfen. Wir werden diese Initiativen auch weiterhin unterstützen! Wir bleiben Alle!

2.2 Für das Recht auf Stadt: Öffentliche Räume schützen und gemeinsam gestalten

In Berlin und besonders im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf werden die Lebens- und Interessenlagen von Menschen mit wenig(er) Geld nicht ausreichend berücksichtigt. Das äußert sich neben den steigenden Mieten in der Abschaffung und Privatisierung öffentlicher Räume, in der Ausweitung privater Shopping-Welten, in der Bedrohung kultureller Projekte, im Mangel an öffentlicher Infrastruktur und in Bestrebungen für privat-öffentliche Partnerschaften in der Stadtentwicklung. In der City West nehmen diese stadtpolitischen Entwicklungen konkrete Form an: Während traditionell im Bezirk verankerte Kulturinstitutionen wie die Ku'damm-Bühnen durch die Abrisspläne des Grundstückseigentümers von der Schließung bedroht sind, sollen nebenan Luxushotels und Shopping-Center entstehen, die sich in erster Linie an den Bedürfnissen kaufkräftiger Konsument*innen und Tourist*innen orientieren.

Der Kampf um den Erhalt der Kleingartenkolonie Oeynhausen ist zu einem gesamtstädtischen Symbol dieser verfehlten Stadtentwicklungspolitik geworden. Trotz des erfolgreichen Bürger*innenentscheides, bei dem sich eine große Mehrheit für den Erhalt eingesetzt hat, war die herrschende Politik von Senat und Bezirksamt nicht bereit, die Kleingärtner*innen in ihrem Kampf zu unterstützen. Stattdessen wird ein Deal mit einem Immobilieninvestor für hochpreisigen Wohnungsneubau mit Verweis auf den längst überholten Baunutzungsplan umgesetzt.

DIE LINKE stellt sich einer Politik und Stadtplanung entgegen, die vorrangig die Interessen der Reichen und Mächtigen sowie privaten Investor*innen und deren Lobby-Organisationen verfolgt.

1. Wir unterstützen die Forderung nach einem Recht auf Stadt für alle Menschen: Eine Ausweitung privat kontrollierter Räume zulasten des öffentlichen Stadtraums und öffentlicher Grünflächen lehnen wir ab. Das „Recht auf Stadt“ schließt mit ein, dass alle Charlottenburg-Wilmersdorfer*innen an der Entwicklung ihres Bezirks stärker als bisher partizipieren sollen. Dafür fordern wir die Einrichtung von Kiezfonds, die direkt von Bürger*innenjurs aus Charlottenburg-Wilmersdorfer*innen für Stadtteilprojekte verteilt werden. Initiativen und Bürger*innenprojekte zur Stadtentwicklung, wie „Nachhaltige Mierendorff-Insel“ und „Initiative Bundesplatz“, verdienen stärkere bezirkliche Unterstützung.
2. Sämtliche Parks und Grünanlagen in Charlottenburg-Wilmersdorf müssen für alle kostenfrei zugänglich bleiben. Das gilt auch für den Schlosspark Charlottenburg. Für Erhalt und Pflege müssen ausreichend Geld und Personal bereitgestellt werden.
3. Die Stadtplanung und -entwicklung des Bezirks muss den Interessen und Bedürfnissen der Mehrheit der Bürger*innen entsprechen. In Beteiligungsveranstaltungen, via Internet, in Stadtteilzentren und Kiezbüros – die flächendeckend entstehen sollen – können Bürger*innen über eine soziale, ökologische und nachhaltige Bezirksentwicklung mitentscheiden.
4. Bei der Stadtentwicklung im Bezirk muss die Berücksichtigung innerstädtischer Erholungs- und Grünanlagen stärker als bisher in den Vordergrund gerückt werden. Bestehende Kleingärten, Parks und Grünanlagen müssen vor Bebauung und Privatisierung geschützt werden. Für notwendige planungsrechtliche Sicherungen (B-Pläne) wird sich DIE LINKE einsetzen. Und sie unterstützt bürgerschaftliche Initiativen zum Schutz von Grünflächen.
5. Öffentliche Parks, Grünanlagen, Plätze, Gebäude und Einrichtungen müssen barrierefrei und im Sinne der Inklusion geplant und gestaltet werden.
6. Wir fordern ein Programm zur Sanierung öffentlicher Plätze, Spielplätze, Bürgersteige und Fahrradwege. Dazu gehören die flächendeckende Einrichtung von öffentlichem WLAN, die Verbesserung des Spielgeräts auf Spielplätzen und vieles mehr.

2.3 Umwelt und Verkehr: Stadtgrün erhalten, ökologische Energie- und Verkehrswende im Bezirk fördern

Unser Bezirk ist für seine vielen Parkanlagen, Grünflächen und Kleingartenanlagen bekannt, die zum Verweilen und zur Erholung einladen. Aber auch für die Artenvielfalt sind diese grünen Inseln inmitten der Stadt von allergrößter Bedeutung. Als Kaltluftschneisen haben Grünflächen wie der Lietzenseepark, der Grunewald oder die Parkaue eine enorme Bedeutung und bringen der sommerlich aufgeheizten Stadt die notwendige Kühlung.

Aktuell sind immer mehr dieser Naturrefugien bedroht. Wegen Personal- und Geldmangel veröden zunehmend mehr Grünflächen in den Kiezen. Überall wird gebaut, oft ohne Rücksicht auf grüne Oasen, und das Bezirksamt hält nicht dagegen, im Gegenteil. Das Bürger*innenbegehren für den Grünflächenerhalt will diese Entwicklung stoppen und hat dafür unsere volle Unterstützung.

Zwei Projekte treten in unserem Bezirk im Wettbewerb für die "Zukunftsstadt 2030+" an: die nachhaltige Mierendorff-Insel und die Initiative Bundesplatz. Hier werden konkrete Visionen für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Innenstadt entwickelt. DIE LINKE begrüßt diese Vorhaben und fordert das Bezirksamt auf, nicht nur mit Worten, sondern mit Taten aktiv zu werden. Geeignete Vorschläge soll der Bezirk in eigener Verantwortung umsetzen.

Für eine nachhaltige Stadtentwicklung ist es essentiell, dass auf die Verwendung erneuerbarer Energien viel mehr Wert gelegt wird als bisher – dieses aber immer mit Blick auf eine unbedingt sozial gerechte Verteilung von Nutzen und Lasten. Als Beispiele wären hier die Wand- und Dachbegrünung, die Montage von Solarmodulen auf Dächern, die intelligente Anwendung von Wärmeaustauschtechniken und die Schaffung bzw. Förderung von Bildungsangeboten zur Energieeinsparung zu nennen.

Charlottenburg-Wilmersdorf braucht als stark vom Verkehr belasteter Innenstadtbezirk eine ökologische Verkehrswende. Mobilität muss nicht nur bezahlbar für alle sein, sie darf weder krank machen noch den öffentlichen Raum ruinieren. Nicht von ungefähr sind Bürger*inneninitiativen wie Bundesplatz und Wilmersdorfer Mitte mit dem Ziel angetreten, die autogerechte Stadt zu überwinden. Das wird ein langer Weg, den wir gern gemeinsam gehen wollen.

Der Bezirk muss eigene Vorstellungen für die Reduzierung der Belastungen, insbesondere durch den Autoverkehr, entwickeln. Die Bedingungen für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen müssen kontinuierlich verbessert werden. Auch deshalb unterstützt DIE LINKE das Volksbegehren Fahrradstadt Berlin.

DIE LINKE fordert:

1. Schluss mit Personalabbau und Finanzkürzungen im bezirklichen Umwelt- und Grünflächenamt. Es müssen genügend Mittel zur Pflege der Grünflächen, für die Begrünung von Dächern öffentlicher und privater Gebäude, für Umweltbildung in Schulen und Volkshochschulen sowie Energieberatung zur Verfügung gestellt werden.
2. Kleingärten sind als Naherholungsgebiete, soziale Orte und als Refugien der Artenvielfalt zu erhalten und in Bebauungsplänen festzuschreiben. „Urban-Gardening“ ist zu fördern.
3. Parkanlagen und Grünflächen müssen als Kaltluftschneisen erhalten bleiben und sind bei Bedarf ebenfalls in Bebauungsplänen festzuschreiben.
4. Die Energiegewinnung aus regenerativen Quellen muss durch die Installation von Solarmodulen auf Dächern von öffentlichen Gebäuden geschaffen und von Privatgebäuden gefördert werden.
5. Ökologische Stadtentwicklung braucht bessere Kooperation von Bürger*innen und Verwaltung.
6. Das Bezirksamt soll gemeinsam mit BVV, Verbänden und interessierter Bürger*innenschaft ein bezirkliches Verkehrskonzept aufstellen. Es reicht nicht, immer nur auf den Senat oder Andere zu zeigen und selbst keine Strategie zu haben. Dabei geht es sowohl um sofort und schrittweise umzusetzende

Verbesserungen als auch um langfristige Strategien. Dazu gehören Überlegungen zum Ausbau des Nahverkehrs bis zur Rückkehr der Straßenbahn.

7. Wir wollen, dass der Ernst-Reuter-Platz wie der Große Stern von Fahrradfahrer*innen in beide Richtungen umfahren werden kann.
8. Besonders betroffene Bewohner*innen und Stadtteile müssen vor Straßenlärm besser geschützt werden.
9. Bei geplanten Baumaßnahmen an Straßen und Plätzen sollen die Anwohner*innen mitreden können. Umgestaltungen zugunsten von Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und für mehr Aufenthaltsqualität sollen das übergeordnete Ziel sein.
10. Keine S-Bahn-Linie soll vor dem Bahnhof Westkreuz enden, damit die Verknüpfung von Stadt- und Ringbahn gewährleistet ist.
11. Der Bahnhof Zoo soll in seiner Verkehrsfunktion gestärkt werden, der Hardenbergplatz muss als Verkehrsknoten und Stadtplatz qualifiziert werden.

3 Jugend und Bildung

3.1 *Stärkung der Jugend(hilfe) in Charlottenburg-Wilmersdorf!*

Seit Jahren sinken oder stagnieren die Ausgaben für die Jugendhilfe im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf. Im Berliner Vergleich sind sie dramatisch niedrig. Notwendige Finanz- und Sachmittel werden an anderen Stellen verwendet. Das trifft ganz direkt die Schwächsten der Schwachen im Bezirk: die Kinder und Jugendlichen, insbesondere Kinder und Jugendliche, deren Eltern auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind.

Wir wollen die Prioritäten im Bezirk anders setzen und die Arbeit von, für und mit Jugendlichen stärken:

1. Wir brauchen mehr Geld für Jugendzentren – auch für von Jugendlichen selbstverwaltete.
2. Jugendliche sollen in Beteiligungsverfahren selbstbestimmt über Verwendungszweck und Umsetzung der Finanzmittel (mit)entscheiden können und in jedem bezirklichen Belang nicht nur angehört, sondern eingebunden werden.
3. Nicht nur im Jugendhilfeausschuss (JHA) brauchen Kinder- und Jugendliche eine starke Vertretung zur Artikulation ihrer Interessen.
4. Wir brauchen kostenfreie außerschulische Politik-, Freizeit-, Kultur- und Sportangebote in Jugendzentren, Musikschulen und im Stadtteil, Kita- und Hortplätze, die vor allem einkommensschwache Eltern entlasten.
5. Insbesondere müssen wir Angebote der Jugendhilfe mit dem Schwerpunkt auf die Sozialarbeit mit Mädchen, wie den Mädchentreff D3 in der Düsseldorfer Straße in Wilmersdorf, stärken.

Im Bezirk existieren zahlreiche Mitbestimmungsgremien, wie das Kinder- und Jugendparlament (KJP), der Bezirksschüler*innenausschuss (BSA) und die Schüler*innenvertretungen an den Schulen. Zwar "fördert" das Bezirksamt Einrichtungen und Projekte wie das KJP, achtet dabei aber nicht auf eine jugendgerechte Sprache, noch ist sie ernsthaft an einer Politisierung der Jugend interessiert, die ihre Interessen selbstbestimmt vertritt. Auch wenn es das KJP seit 12 Jahren gibt, wird "über" statt "mit" der Jugend im Bezirk gesprochen.

6. Durch zusätzliche Personal- und Sachmittel wollen wir die Arbeit der bezirklichen Mitbestimmungsgremien stärken und qualifizieren.
7. Stärker als bisher, müssen diese Mitbestimmungsgremien unabhängig von Verwaltung und Bezirksamt agieren und auch gegenläufige oder "rebellische" Positionen vertreten können.
8. Fonds aus Landes- oder Bundesmitteln, wie die Kinder- und Jugendjury, durch die Jugendliche unkompliziert ehrenamtliche Projekte durchführen können, müssen dem Bezirk langfristig und nachhaltig erhalten bleiben. Das Bezirksamt muss sich an den entsprechenden Stellen für eine Weiterfinanzierung einsetzen.
9. An mindestens einem Tag im Schulhalbjahr muss der organisatorische Rahmen dafür eingerichtet werden, damit sich alle Schüler*innen im Bezirk zu einer Schüler*innenvollversammlung, getrennt nach Altersgruppen und Stadtteilen, treffen können, mit dem Ziel der Entwicklung bezirkspolitischer Schwerpunkte aus der Sicht der Kinder und Jugendlichen im Bezirk.
10. Seit Jahren treten Schüler*innen für die Senkung des Wahlalters ein. Gemeinsam mit den Schüler*innen wollen wir eine bezirkliche Initiative für das Wahlrecht ab 14 Jahren auf der Landesebene entwickeln.
11. Mitbestimmung und Teilhabe müssen in Berlin stärker in den Schulunterricht integriert werden – und das ab der Klasse 1.

3.2 Für eine selbstbestimmte Bildung und Ausbildung für alle Menschen

Bildung ist die Grundvoraussetzung dafür, dass sich Menschen solidarisch und selbstbestimmt entwickeln und alle Formen von Ausbeutung und Unterdrückung überwinden können: Bildung dient der Emanzipation des Menschen. Formal existiert das Recht auf Bildung, doch in kaum einem Industrieland ist der Bildungserfolg so abhängig vom sozioökonomischen Hintergrund wie in Deutschland. Kinder aus Familien mit niedrigen Bildungsabschlüssen und niedrigem Einkommen werden strukturell benachteiligt.

1. Wir fordern eine kostenfreie Bildung und Ausbildung – vom Kita- bis zum Masterplatz, inklusive Nachhilfeangeboten in- und außerhalb der Schulen, um unabhängig von der sozialen Herkunft allen hier lebenden Menschen wirklich eine erstklassige Bildung zu ermöglichen.
2. Dafür brauchen wir ausreichend Kitas, Schulen und Studienplätze sowie gut ausgebildete und bezahlte Erzieher*innen und Lehrer*innen. Im Bezirk wollen wir Druck auf die Verantwortlichen im Land Berlin aufbauen und gemeinsam mit den Schüler*innen, Erziehenden und Lehrenden für die Umsetzung ihrer Ziele kämpfen.

Konkret gehört dazu,

3. dass wir die Schüler*innen über ihre demokratischen Rechte aufklären und fordern, in den Schulen die Rahmenbedingungen (Räume, Medien, Personal) zu schaffen, damit sich eine politische Schüler*innenvertretung bilden kann. Engagierten Schüler*innen soll an ausgewählten Tagen für die Durchführung ehrenamtlicher Projekte "schulfrei" gewährt werden.
4. dass für die Durchsetzung der Interessen der Schüler*innen und Studierenden eine Schüler*innen- und Studierendengewerkschaft benötigt wird. Diesen Prozess wollen wir unterstützen.

Viele Schüler*innen in diesem Bezirk leiden am Leistungsdruck und Wettbewerb in der Schule. Dabei sollte die Schule der Ort sein, in dem "für das Leben" und nicht für die Wirtschaft gelernt wird. Die Schule muss ein Ort werden, in dem sich junge Persönlichkeiten frei von Zwang und Autorität selbstbestimmt entwickeln.

5. Wir fordern die flächendeckende Einführung der Gemeinschaftsschule: Von der 1. Klasse bis zum Abitur sollen alle Kinder und Jugendliche gemeinsam lernen können. Erfahrungen mit Berliner Pilotschulen zeigen den Erfolgscharakter dieses Modells. In Charlottenburg-Wilmersdorf sollen entsprechende Vorkehrungen getroffen und weitere Schulen hierfür gewonnen werden. Die Erfahrungen der Paula-Fürst-Schule in der Sybelstraße sollten dazu genutzt werden.
6. Freier als bisher, sollen Schüler*innen z.B. im Abitur individuell entscheiden können, wann sie welches Modul (=Lehreinheit) einbringen, um den individuellen Lernfortschritt zu berücksichtigen.
7. Schüler*innen sollen an der Gestaltung und Entwicklung des Rahmenplans beteiligt werden: Sie können gut einschätzen wie und was sie lernen möchten; die Lernbereitschaft steigt, mit mehr Mitbestimmung bei den Unterrichtsinhalten.

Mit der Technischen Universität (TU) und der Universität der Künste (UdK) in Charlottenburg, befinden sich zwei ausgezeichnete Bildungsstandorte in unserem Bezirk: Doch die Universitäten sind geprägt von sozialer Selektion, Profitstreben und Militarisierung.

8. Trotz Zivilklausel, wird an der TU Rüstungsforschung betrieben. Wir fordern: Militär raus aus der Forschung. Die Zivilklausel muss konsequent eingehalten werden.
9. Allen Bachelor-Absolvent*innen muss ein Masterplatz in Berlin garantiert werden.
10. Projekte, die das Studium von Personen aus Nicht-Akademiker*innen Haushalten fördern, müssen auch in unserem Bezirk durch flächendeckende Beratung und Information gestärkt werden.
11. Auch geflüchtete Menschen müssen einen Zugang zum Studium in Berlin erhalten.

4 Frauenpolitik – Respekt und Anerkennung

Respekt und Anerkennung von Frauen bedeutet gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Noch immer verdienen Frauen 22 Prozent weniger als Männer, unter anderem deshalb, weil die Verantwortung für Werkzeuge höher bewertet wird als für Menschen, aber auch, weil immer noch ein hoher Teil an unbezahlter Reproduktionsarbeit, sogenannter Carearbeit, von Frauen geleistet wird. Frauen hängen häufig im Niedriglohnssektor und gering bezahlter Reproduktionsarbeit fest. Daraus ergeben sich Folgeprobleme wie Frauenarmut von alleinerziehenden Frauen und Altersarmut. Die LINKE kämpft für existenzsichernde Arbeitsplätze und gleiche Aufstiegschancen.

Deshalb fordern wir

1. die gleiche Bezahlung auch in der privaten Wirtschaft, was der Bezirk bei Auftragsvergabe und in Form einer Kampagne umsetzen kann,
2. die Höherbewertung von Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsberufen,
3. Reduzierung der Arbeitszeit auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich,
4. anonymisierte Bewerbungsverfahren,
5. eine Mindestrente statt Grundsicherung,
6. den Ausbau bzw. die Förderung von haushaltsnahen Dienstleistungen, zum Beispiel gekoppelt an städtischen, sozialverträglichen Wohnungsbau,
7. den Ausbau von Kita- und Krippenplätzen mit angepassten Öffnungszeiten,
8. den Ausbau von offenen, bedarfsunabhängigen und gebundenen Ganztagschulen,
9. ein kostenfreies Mittagessen für Kinder und Schüler*innen,
10. die Förderung und den Ausbau von sozialbetreuten Angeboten für Kinder, wie Schloss 19, Lisa e.V.,
11. die Erhöhung des Hartz-IV-Satzes für Kinder und Sanktionsfreiheit zumindest für Eltern mit Erziehungs- und oder Sorgeverantwortung.

Neben der gleichen Anerkennung muss immer noch Respekt für Frauen eingefordert werden. Viele Frauen erfahren sexuelle Gewalt. Überall im Alltag und fast täglich müssen sich Frauen mit Sexismus auseinandersetzen und sich dagegen wehren. Die meisten sexuellen Übergriffe und Vergewaltigungen passieren im häuslichen Umfeld durch bekannte Täter. Aber nur wenige werden von den Frauen angezeigt und noch viel weniger werden verurteilt, denn sexuelle Handlungen gegen den Willen der anderen Person stehen nicht unter Strafe. Für eine Verurteilung ist entscheidend, ob sich die betroffene Person nachweislich gewehrt hat. Frauenverbände fordern: „NEIN heißt nein.“ Das unterstützt DIE LINKE nicht nur im juristischen Rahmen, sondern wir fordern auch eine bezirkliche und landesweite Aufklärungskampagne „Nein heißt nein“, egal, wie frau sich anzieht oder verhält. Diese Aufklärungskampagne ist sichtbar im öffentlichen Raum sowie kindgerecht in Kitas und Schulen umzusetzen bzw. sind finanzielle Mittel für Vereine und Träger bereitzustellen, die bereits jetzt in der Hinsicht tätig sind.

Außerdem ist die Aufklärung über tradierte Geschlechterrollen und Rollenklischees, über Geschlechterverhältnisse und die eigene sexuelle Integrität in Zusammenarbeit mit Vereinen, wie zum Beispiel Lisa e.V., altersgerecht in Kitas und Schulen notwendig, um die Kinder stark zu machen und zu schützen.

Im Bezirk sollte eine Frauenberatungsstelle eingerichtet werden, die kultursensibel in verschiedenen Sprachen über Frauengesundheit und sexuelle Selbstbestimmung bis hin zum Schwangerschaftsabbruch anonym beraten, Verhütungsmittel, auch die Pille, danach kostenfrei abgeben und Schutz (geschützte Wohnungen für Frauen, Frauenhäuser) vor sexueller und häuslicher Gewalt vermitteln kann. Geschützte Wohnungen sollten genauso für obdachlose Frauen und Migrantinnen zur Verfügung stehen. In dieser Stelle können sexistische Übergriffe anonym gesammelt werden, um das Dunkelfeld zu erhellen.

5 Für eine dynamische Unterstützung der Kunst und Kultur im Stadtbezirk

Vorbemerkung:

Die Auswirkungen der neoliberal dominierten Haushaltspolitik auf Bundes- und Landesebene haben die finanziellen Spielräume für Kunst und Kultur deutlich eingeschränkt. Dazu kommt die besondere Situation Berlins nach dem Anschluss der ehemaligen DDR. Die in dem deutschen föderalen System weitgehend einmalige Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Senat und Bezirksämtern hat die Rolle der Bezirke für die Förderung einer lebendigen lokalen Kunst- und Kulturszene – im Vergleich etwa mit deutschen Großstädten ähnlicher Größe – drastisch klein gehalten.

Die großen Einrichtungen der Kunst und Kultur in Charlottenburg-Wilmersdorf sind Sache des Senats. Er fördert die großen Häuser mit z. T. überragender Bedeutung in ihren Sparten (Schauspiel, Literatur, Kunst, Fotografie) und Projekte und Kunstorte mit überregionaler Bedeutung, z. T. im Verbund mit weiteren Finanziers (Hauptstadtkulturfonds, Stiftungen u.a.) Die ebenfalls überragenden Beispiele moderner Kunst unter freiem Himmel auf dem Kurfürstendamm zeugen von der großen Beachtung, die solche Kunst in Berlin zumindest hatte. Ihre Weiterentwicklung scheint nicht zur Debatte zu stehen. Eine für die Bevölkerung wirksame Kulturpolitik findet nicht statt.

Für die Bezirke bleiben relativ geringe Mittel zur Unterstützung der lokalen freien Kultur. Die Soziokultur im engeren Sinne spielt fast keine Rolle oder verschwindet mit geringen finanziellen Möglichkeiten in anderen Etats. Bezeichnend für die Stellung der Soziokultur (in ganz Berlin) dürfte die Auflösung der Landesverbandes Soziokultur in 2012 sein.

Auch die Bedeutung der „Kulturwirtschaft“ scheint weitgehend aus dem Blick des Bezirks geraten zu sein. Charlottenburg-Wilmersdorf ist im engeren Sinne der „Kultur- und Kulturwirtschaft-Hub“ Berlins. Aus Charlottenburg wird mehr Kultur und mehr Kreativität exportiert als aus jedem anderen „Hotspot“ Deutschlands. Gleichzeitig stehen wir vor dem Dilemma der Prekarisierung der Kultur und der Kulturwirtschaft. Sparzwänge tragen zur Ausgliederung von originären Aufgaben der Kultur bei und dieselben Sparzwänge setzen die Kulturwirtschaftsbetriebe unter einen ungesunden Druck, der letztlich zu sozialen Verwerfungen führt: Arbeitsmarkt und Ausbildung leiden unter dieser Klammer und zeigen jetzt bereits Symptome einer Unterentwicklung, die einer Kollabierung sowohl der Kultur als auch der Kulturwirtschaft zustreben.

Auch die Kunst im öffentlichen Raum zeigt diese Erosionserscheinungen – kaum ein Kunstwerk in Charlottenburg-Wilmersdorf befindet sich in einem Zustand, der dem künstlerischen Anspruch gerecht wird.

Einige wenige kleine Kultureinrichtungen (Theater Coupé, Kommunale Galerie, Villa Oppenheim, Artothek) des Bezirks ermöglichen es, begrenzt Akzente zu setzen.

Forderungen und Überlegungen zur Entwicklung einer Kulturpolitik im Interesse der Menschen und der Kunstproduzenten*innen im Bezirk sind zu formulieren.

Vorrangiges Ziel der bezirklichen Kulturpolitik ist die Förderung der freien, selbstbestimmten Kultur und Kunst im Bezirk.

1. Die Produktions-, Probe- und Präsentationsmöglichkeiten lokaler Künstler*innen sollten deutlich erweitert werden.
2. Hierzu gehört mindestens eine deutliche Aufstockung der Projektmittel für diese Zwecke (zzt. 24.000 Euro für einen Bezirk mit mehr als 300.000 Einwohner*innen!!), über den zzt. von einem Beirat entschieden wird.
3. Das Kulturamt des Bezirks sollte eine moderierende und unterstützende Instanz für Anträge auf diese Mittel bleiben und sein, vor allem aber bei der Akquise weiterer Mittel bei anderen Stellen. Es

sollte in enger Kommunikation mit den Kunstproduzent*innen aller Sparten Projekte anregen und die Produzent*innen ermutigen. Auch bei der Suche nach entsprechenden Räumlichkeiten und Produktionsmöglichkeiten im Bezirk sollte es eine starke Rolle spielen.

4. Die kommunale Galerie sollte ihr Ausstellungsprogramm mit dem Schwerpunkt lokaler zeitgenössischer Kunst verstärken. Eine unabhängige Fachjury sollte über Ausstellungskonzepte im Rahmen eines geregelten Bewerbungsverfahrens entscheiden. Dies gilt auch für Kunstaktionen im öffentlichen Raum.

Ein zweites Ziel bezirklicher Kulturpolitik sollte die Aufwertung und Förderung von Soziokultur, dort, wo sie existiert, und dort, wo sie neu entsteht, umfassen.

Soziokultur als Verbindung selbstbestimmten gesellschaftlichen und politischen Engagements mit kulturellen und künstlerischen Aktivitäten hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einer für das Gemeinwesen sinnvollen Kulturform entwickelt. Durch sie werden Menschen zu Aktivitäten ermuntert, die ein produktives und friedliches Zusammenleben fördern.

5. In diesem Sinne ist der sinnvolle Projektfonds Kulturelle Bildung über die starke Beteiligung von Schulen hinaus als Möglichkeit zu nutzen, auch andere Initiativen außerhalb schulischer Einrichtungen stärker zu fördern und zu solchen Projekten zu ermuntern. Hier können lokale Künstler*innen mit soziokulturellen Initiativen und Einrichtungen in ihrer Arbeit verbunden und Kunst und Kultur mit gesellschaftlichem Engagement in Zusammenhang gebracht werden. Stichworte sind kulturelle Bildung, gesellschaftliches und soziales Engagement, Bildung, Persönlichkeitsentwicklung. Unabdingbar gehört dazu die Erhöhung der Mittel auch dieses Projektfonds (zzt. 30.000 Euro).
6. Entstehen sinnvolle neue soziokulturelle Initiativen, sind sie zu unterstützen. Dies gilt auch für die Nutzung brachliegender hierfür geeigneter Immobilien im Bezirk.
7. Dem Bezirk sollte es ein dringendes Anliegen sein, das „Schoeler-Schlösschen“ für die von der Bürger*inneninitiative dort vorgeschlagene Nutzung energisch zu unterstützen und zu fördern.

Der lokalen Kultur eine Stimme geben!

Kulturpolitiker*innen und Fraktionen, die Kulturstadträtin und das Kulturamt sollten der Kultur viel mehr als bisher eine Stimme im Bezirk geben.

Hierzu gehört vor allem das öffentliche Zu-Wort-Melden zu diesem Thema. Die Aufmerksamkeit auf jene Kulturproduzenten*innen zu lenken, die mit ihrer Arbeit überhaupt erst dafür sorgen, dass (ganz) Berlin ein weltweit bedeutender Kulturort bleibt, ist von großer Bedeutung. Vielen Menschen ist dieser Zusammenhang nicht bewusst – und auch nicht, unter welchen z.T. erbärmlichen wirtschaftlichen Bedingungen professionelle Künstler*innen bei uns arbeiten (müssen).

Das gilt ebenso für die öffentliche Unterstützung soziokultureller Initiativen. Die BI „SchoelerSchlösschen“ verdient deutlich mehr öffentliche politische Unterstützung. Dies kann durch entsprechende „Wortmeldungen“ der politisch Verantwortlichen in den Medien geschehen.

Eine deutliche Verbesserung der „Unterrepräsentation“ des Kunst- und Kulturthemas im Bezirk könnte durch die Einrichtung eines Kulturrates oder die Erweiterung der Aufgabenstellung des schon bestehenden Kulturbeirates in Angriff genommen werden. Besetzt mit Personen, deren Wort öffentlich gehört wird, besteht hier die Chance, mehr Aufmerksamkeit für das Thema in der medialen Öffentlichkeit zu erzeugen. Auch Vorschläge zu machen und Anregungen zu geben wäre ein Weg, den Themen Kunst und Kultur im Bezirk mehr Bedeutung zu verleihen.

6 Arbeit und Soziales

6.1 ***Für eine würdevolle Arbeit: Löhne rauf, Arbeitszeit verkürzen, Beschäftigte und Gewerkschaften stärken!***

Mehr als dreieinhalb Millionen Menschen sind in Deutschland ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Rund sieben Millionen können von ihrer Arbeit nicht leben und sind auf staatliche Transferleistungen angewiesen.

In Charlottenburg-Wilmersdorf, zeigt sich ein widersprüchliches Bild: Einerseits rechnet die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales in ihrem Sozialstrukturatlas Charlottenburg-Wilmersdorf zu den Bezirken, mit der "günstigsten Sozialstruktur", die sich u.a. in vergleichsweise niedrigen Transferleistungen und hohen mittleren Haushaltsnetto- und Pro-Kopf-Einkommen ausdrückt. Auf der anderen Seite finden sich fünf der zehn Planungsräume mit dem niedrigsten Anteil an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Charlottenburg-Wilmersdorf. Knapp 15 Prozent der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren sind in Charlottenburg-Wilmersdorf auf Leistungen des Arbeitslosengeldes II angewiesen. Im März 2016 betrug die Arbeitslosenquote knapp 9 Prozent, darunter viele mit Langzeitbezug. Viele Menschen können von ihrer Erwerbsarbeit nicht leben, sind auf zusätzliche Leistungen oder einen zweiten Job angewiesen. Die soziale Spaltung nimmt zu, die Schere zwischen Arm und Reich wird größer: In Charlottenburg-Wilmersdorf ist das zu spüren.

DIE LINKE will gute Arbeit schaffen, von der die Beschäftigten leben können, statt ungesicherter und unterbezahlter Beschäftigung.

Konkret beinhaltet das:

1. Jede Erwerbstätigkeit muss sozial versichert sein. Ein-Euro-Jobs und Beschäftigungsmaßnahmen müssen in reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden und dürfen nur auf Basis der Freiwilligkeit angeboten werden.
2. Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von gegenwärtig mindestens 12€ pro Stunde – ohne Ausnahmen! Die Kontrollen für die Einhaltung der Regelungen müssen intensiviert werden.
3. Unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter und Erwerbsstatus muss gelten: gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit.
4. Bei Tarifbewegungen, dem Kampf gegen Leih- und Zeitarbeit und allen Kämpfen um eine Verbesserung der Arbeitssituation, stehen wir solidarisch an der Seite der Beschäftigten und der Gewerkschaften. Die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten müssen gestärkt werden.
5. Der gesetzliche Kündigungsschutz muss verbessert und Befristungen müssen gesetzlich eng eingeschränkt werden.
6. Gute Arbeit für alle, aber weniger Arbeit für die Einzelnen: Bei vollem Lohnausgleich müssen die Arbeitszeiten verkürzt werden. Die 30-Stunden-Woche muss endlich durchgesetzt werden.
7. Die Hartz-IV-Regelsätze müssen umgehend auf ein bedarfsgerechtes Niveau angehoben werden. Wir fordern Hartz IV durch eine sanktionsfreie, individuelle Mindestsicherung von gegenwärtig 1050 Euro zu ersetzen, damit Betroffene auch ohne Erwerbsarbeit in Würde leben können. Zumutbarkeitsregelungen sind zu streichen, Sanktionen lehnen wir ab – besonders die verschärften Sanktionsregeln für unter 25-Jährige.
8. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre muss zurückgenommen werden. Die Rentenkürzungspolitik des letzten Jahrzehnts hat zur Folge, dass immer mehr Rentner*innen in Armut leben müssen. Wir fordern eine Mindestrente von zurzeit 1050€. Um auch im Alter armutsfrei leben zu können, fordern wir zudem die Rückkehr zur dynamischen Rente ohne Kürzungsfaktoren, die direkt und ohne Abzüge an die Lohn- und Gehaltsentwicklung gekoppelt ist und zumindest einen Inflationsausgleich leistet.

9. Der Berlin-Pass inklusive des Berliner Sozialtickets muss fortgesetzt werden und soll auch jenen zur Verfügung stehen, deren Einkommen unterhalb der Pfändungsfreigrenze liegen oder die Bedarfsgrenzen nur knapp übersteigen. Auf jeden Fall sollen Beziehende von Wohngeld berücksichtigt werden.
10. In Charlottenburg-Wilmersdorf müssen mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden, auch in Ausbildungsverbänden. Betriebe, die nicht ausbilden, sollen eine Ausbildungsabgabe zahlen. Vor allem das Bezirksamt muss verstärkt ausbilden.
11. Eine Qualifizierungs- und Beschäftigungsoffensive für die Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung sowie für Erwerbslose soll insbesondere den vielen Langzeiterwerbslosen, neue Perspektiven eröffnen: in Verwaltung, Kitas, Schulen oder Krankenhäusern. Unser Ziel ist die Integration von mindestens 20 Prozent der Langzeiterwerbslosen in neu geschaffene Arbeitsplätze des Öffentlichen Dienstes. Die LINKE will durch diese Maßnahmen einen spürbaren Abbau der Langzeiterwerbslosigkeit erreichen und auch brachliegende Fähigkeiten und Fertigkeiten von Erwerbslosen zur Verbesserung des Dienstleistungsangebotes des Öffentlichen Dienstes und des sozial-ökologischen Umbaus nutzen.
12. Die Schuldner- und Insolvenzberatungen im Bezirk müssen ausreichend finanziert werden. Eine unabhängige Sozialberatung muss garantiert und den Berechtigten bekannt gemacht werden.
13. Viele Betroffene machen schlechte Erfahrungen und klagen über unfreundliches, überlastetes Personal in den Jobcentern. Der von der Bundesagentur für Arbeit ausgehende Druck wird nach unten weitergegeben. Die Beschäftigten im Jobcenter sollten hinreichend ausgebildet sein, um sach- und fachgerecht arbeiten zu können. Wir fordern auch für sie gute Arbeitsbedingungen und ausreichende Ressourcen für eine wirklich individuelle und nachhaltige Beratung.
14. Zugleich will DIE LINKE die Position der Menschen gegenüber dem Amt stärken und ihnen einen Umgang in Würde ermöglichen. Wir fordern, dass die Jobcenter ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Leistungsgewährung gegenüber allen Anspruchsberechtigten in Höhe des wirklichen Bedarfs für Lebensunterhalt und Wohnung nachkommen, damit Leistungen gar nicht erst vor dem Sozialgericht eingeklagt werden müssen.

6.2 Die volle Umsetzung der UN- Behindertenrechtskonvention

DIE LINKE fordert und unterstützt die volle Realisierung des bezirklichen Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung (UN-BRK) bis 2018. Darüber hinaus fordern wir die Erarbeitung eines entsprechenden Anschlussprogramms ab 2018.

Barrieren in der öffentlichen Stadtlandschaft sollen vollständig beseitigt werden. Dazu zählen z.B. fehlende Bordsteinabsenkungen und extrem kurze Ampelphasen bei Straßenüberquerungen sowie der barrierefreie Zugang zu allen öffentlichen Gebäuden.

Die Beschilderung und Wegeleitsysteme in öffentlichen Gebäuden, Einkaufszentren und Arztpraxen müssen für alle verständlich sein. Das können z.B. kontraststarke Schilder, Voice-Chips und QR-Codes an den Schildern und Türen von Behörden sein.

Im Sinne des gemeinsamen Spielens sind die Spielplätze und -flächen des Bezirks nach und nach für Kinder mit unterschiedlichen Fähigkeiten oder Einschränkungen inklusiv herzurichten, so wie sie auch für verschiedene Altersgruppen und Interessen von Mädchen und Jungen angelegt sind.

DIE LINKE kämpft für den barrierefreien ÖPNV. Das bedeutet, dass alle Haltestellen und -stationen im Bezirk sukzessiv barrierefrei gestaltet werden.

DIE LINKE setzt sich für das Recht auf freie Arzt- und Therapeutenwahl für alle ein, daher tritt sie auch für barrierefreie Praxen ein. Neueröffnete Praxen bzw. Praxen mit neuer Eigentümerin oder neuem Eigentümer müssen grundsätzlich barrierefrei sein. Ausnahmegenehmigungen für nicht barrierefreie Arzt- oder Therapiepraxen darf es nur dann geben, wenn die betreffende Praxis für die medizinische Versorgung der Bevölkerung unumgänglich ist und der technische sowie wirtschaftliche Aufwand für den barrierefreien Umbau der Praxis unverhältnismäßig hoch ausfällt. Ausnahmegenehmigungen bedürfen der Zustimmung durch die/den bezirklichen Behindertenbeauftragte/n.

DIE LINKE unterstützt die Forderung des bezirklichen Behindertenbeauftragten, die Beratungsstelle für behinderte, pflegebedürftige, krebskranke und aidskranke Menschen sowie den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst personell angemessen auszustatten.

DIE LINKE wird sich für einen BVV-Ausschuss "Disability Mainstreaming" einsetzen. Aufgabe eines solchen (Unter-)Ausschusses sollte es sein, die Verwaltung in Hinblick auf die Verankerung von „Disability Mainstreaming“ sowie die Umsetzung von und zu kontrollieren und dabei im besonderen übergeordnete behinderten- und demografiepolitische Entwicklungen zu thematisieren.